

KREISKY
Kreisky
100



„Bruno Kreiskys politisches
Wirken als SPÖ-
Parteivorsitzender,
Außenminister und
Bundeskanzler hat Österreich
nachhaltig verändert,
modernisiert, gerechter und
weltöffener gemacht.“

Abg.z.NR Hannes Weninger
Bezirksvorsitzender

Bruno Kreisky – Zur Person

Bruno Kreisky war zweifellos die politische Persönlichkeit, die Österreich in der Zweiten Republik mehr prägte als jede andere. Im Folgenden geht es um Bruno Kreiskys politische Biografie, seine familiäre, historische und politische Sozialisation, die diese Ausnahmefigur der österreichischen Geschichte begreifbar macht.

Familiäre und politische Sozialisation



Bruno Kreisky nach seiner Verhaftung 1935, Polizeifoto. (Stiftung Bruno Kreisky Archiv)

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky als Sohn eines jüdischen Geschäftsmannes in Wien-Margareten geboren. Schon in seiner Mittelschulzeit wurde Kreisky im Verband der Sozialistischen Mittelschüler aktiv. Diese Organisation sagte ihm jedoch nicht zu („Diskussion um der Diskussion willen“), sodass er kurz darauf der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) beitrug, wo er 1933 die gesamte Verantwortung über die Bildungsarbeit des Verbandes übernahm.

Im Herbst 1929 begann Kreisky auf Ratschlag Otto Bauers, den Kreisky in diesem Jahr kennengelernt hatte, ein Jusstudium an der Universität Wien. Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrer Vorfeldorganisationen im Februar 1934 wurde unter der Führung von Kreisky die „Revolutionäre Sozialistische Jugend“ gegründet.

Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten wurde er von den Austrofaschisten 1935 wegen „Verdachts des Hochverrats“ verhaftet und war einer der Angeklagten im „Sozialistenprozess“. Kreisky verbüßte eine einjährige Haftstrafe. 1938 gelang ihm nach Aufhebung des Studienverbots der Abschluss des Jusstudiums.

Das Exil in Schweden



Bruno Kreisky im Schwedischen Exil, 1941 (Foto: Stiftung Bruno Kreisky Archiv)

Als 1938 die Nationalsozialisten in Österreich die Macht übernahmen, wurde Kreisky von der Gestapo in „Schutzhaft“ genommen, als Jude drohte ihm die Inhaftierung in ein Konzentrationslager. Kreisky konnte fliehen und auf Einladung eines befreundeten sozialdemokratischen Jugendfunktionärs nach Schweden emigrieren. Die internationale Solidarität verschaffte Kreisky, der seit dem Sozialistenprozess bereits über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt war, einen verhältnismäßig komfortablen Einstieg in Schweden. Schweden bedeutete für Kreisky „eine wesentliche Bereicherung und Abrundung meiner politischen Vorstellungen“, wie er später betonte.

1940 trifft Kreisky zum ersten Mal mit Willy Brandt zusammen, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband. 1942 heiratete Kreisky die aus einer jüdischen Industriellenfamilie stammende Vera Fürth, 1944 wird sein Sohn Peter und 1948 Tochter Suzanne geboren. In den ersten Nachkriegsjahren war Kreisky in Schweden als Diplomat tätig und baute eine Freundschaft mit dem späteren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme auf, mit dem er schließlich gemeinsam mit Brandt der Sozialistischen Internationale neues Leben einhauchte.

Rückkehr nach Österreich



1955: Der russische Aussenminister Wjatscheslaw M. Molotow wird von Bruno Kreisky und Leopold Figl begrüsst. (Foto: Anonym / Imagno / picturedesk.com)

Nach 13 Jahren in Schweden kehrte Kreisky 1951 schließlich nach Österreich zurück und beriet alsbald den Bundespräsidenten Theodor Körner in politischen Fragen. Ab 1953 war er als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt maßgeblich an den Staatsvertragsverhandlungen beteiligt. Zwischen 1959 und 1966 diente er als Außenminister in der Großen Koalition. Im Februar 1967 wurde er als Nachfolger von Bruno Pittermann zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt.

In seiner Funktion als Außenminister war Kreisky u.a. an der Gründung der EFTA (European Free Trade Association) beteiligt. Sein außenpolitisches Wirken zeichnete sich zudem durch eine Normalisierung und Intensivierung der Nachbarschaftspolitik (z.B. Südtirol-Paket) und weitgehendes Engagement in der Nord-Süd-Politik aus. So entwarf er bereits in den frühen Sechziger-Jahren eine Art Marshallplan für die Dritte Welt („Kreisky-Plan“).

Eine neue Ära in der Sozialdemokratie beginnt



Bruno Pittermann und Bruno Kreisky am SPÖ-Parteitag 1970 (Foto: Barbara Pflaum / Imagno / picturedesk.com)

Unter dem neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurden die Weichen der SPÖ in mehrfacher Hinsicht neu gestellt. Als „Modernisierung der Gesellschaft“ und „Humanisierung der Arbeitswelt“ können zwei wesentliche Eckpunkte bezeichnet werden, die Kreiskys Arbeit als Bundeskanzler und Parteivorsitzender prägten. Er setzte aber auch auf wissenschaftliche Beratung. Schon zu Beginn seiner Amtszeit forcierte er die programmatische Erneuerung, indem er 1.400 Experten beauftragte, „Alternativen für ein modernes Österreich“ in Bereichen wie Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft zu formulieren. Dies bildete den Hintergrund für eine umfassende Reformpolitik, die in unterschiedlichen Bereichen eine notwendige Erneuerung einleitete.

Im Jahr 1969 startete die SPÖ unter seiner Führung gemeinsam mit der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Das Ergebnis war überaus erfreulich: Rund 890.000 Unterschriften unterstützten diesen Vorstoß. Bereits mit Jahresbeginn 1970 erlangte dann der Generalkollektivvertrag über die Einführung einer 43-Stunden-Woche Gültigkeit, die 40-Stunden-Woche wurde ab 1. Jänner 1975 Realität.

1970 bis 1971 – Die Zeit der Minderheitsregierung

Bei den Nationalratswahlen am 1. März 1970 erreicht die SPÖ überraschend die relative Mehrheit. Bruno Kreisky wird Bundeskanzler und bildet eine Minderheitsregierung unter Duldung der FPÖ. Gleich im ersten Jahr seiner Regierungszeit verwirklicht Bruno Kreisky zahlreiche Reformen, die noch heute als Meilensteine der Politik gelten.



Angelobung der Regierung Kreisky, 1970 (Foto: Votava)

In den 1970ern schlägt die große Stunde der Sozialdemokratie. Bei den Bundespräsidentenwahlen 1971 gewinnt der Sozialdemokrat Franz Jonas klar vor Kurt Waldheim. Am 10. Oktober desselben Jahres erringt die SPÖ unter Kreisky bei den Nationalratswahlen erstmals die absolute Mehrheit. Bruno Kreisky konnte auf Vorarbeiten der Oppositionsjahre aufbauen. Bis zum historischen Wahlsieg 1970 hatte der neue Bundesparteivorsitzende eine grundlegende Modernisierung des Parteiprogramms und eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Wählerschichten durchgezogen.

Dieser Weg wurde nun im großen Stil fortgesetzt. "Besser wohnen, besser leben, bessere Bildung, besseres Gesundheitswesen, bessere Justiz", war Kreiskys Ziel. Intellektuellen, kritischen Denkern, durchaus auch jenen, die der SPÖ skeptisch gegenüberstanden, bot er für dieses Ziel an, "ein Stück des Weges" mit ihm zu gehen.

1971 bis 1975 – Alleinregierung der SPÖ



"Zwei Jahre Regierung Kreisky: Österreich wird moderner" - Plakat der SPÖ, 1972

Nach dem Sieg für die Sozialdemokraten setzt Bruno Kreisky seine Reformarbeit zügig fort. Beim Parteitag im April 1971 setzten die SPÖ-Frauen die Einführung der Fristenlösung durch, und im selben Jahr wurden auch gleichgeschlechtliche Beziehungen legalisiert. 1971 wird die Schülerfreifahrt eingeführt, ab dem Schuljahr 1972/73 bekommen alle Schülerinnen und Schüler gratis Schulbücher. 1973 wird die Mehrwertsteuer eingeführt, 1974 das reformierte Strafrecht. Weiters erfolgt 1974 eine ORF-Reform.

Im Jahre 1974 kommt es auch zu einer Reform im Schulunterrichts- und Arbeitsverfassungsgesetz, und der Zivildienst wird als Alternative zum Präsenzdienst geschaffen. All diese Reformen sorgen für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, liberalisieren das gesellschaftliche Klima und bringen der SPÖ noch größeren Zuspruch von Seiten der Bevölkerung.

Ein weniger erfreuliches Kapitel stellte Mitte der Siebzigerjahre der Konflikt Kreiskys mit dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal dar. Dieser deckte die SS-Vergangenheit des damaligen FPÖ-Obmannes Friedrich Peter auf, zu dem Kreisky ein gutes politisches Verhältnis pflegte. Kreisky reagierte harsch auf diese Vorwürfe und bezichtigte Wiesenthal der Nazi-Kollaboration, woraufhin Wiesenthal wegen übler Nachrede klagte – und gewann.

Nach wie vor Kreisky. Wer sonst?

Sicherheit und
eine gute Zukunft **SPÖ**

Wahlplakat der SPÖ, Nationalratswahl 1975

Am 23. Juni 1974 wird der auf Vorschlag Kreiskys aufgestellte parteilose SPÖ-Kandidat Rudolf Kirchschräger zum Bundespräsidenten gewählt. Als er sich 1980 erfolgreich der Wiederwahl stellte, nominierte die ÖVP keinen eigenen Kandidaten und schloss sich der Wahlempfehlung für Kirchschräger an.

Bei den Nationalratswahlen am 4. Oktober 1975 können die Sozialdemokraten unter der Devise „Kreisky – wer sonst?“ einen noch deutlicheren Sieg erringen.

Kreiskys Außenpolitik

Kreiskys Lieblingsbetätigungsfeld – abseits von innenpolitischen Reformvorhaben – blieb aber die Außenpolitik. Der Nord-Süd-Konflikt und vor allem die Nahostfrage blieben Zeit seines Lebens die Gebiete, auf denen er seine größten Erfolge feierte. Als er im März 1974 zur ersten „Fact Finding Mission“ in den Nahen Osten aufbrach, erkannte er schon bald die Sprengwirkung des Palästinenserproblems und entwickelte Perspektiven, die ihm besonders bei seinen israelischen Parteifreunden heftige Kritik einbrachten, die heute aber weitgehend unbestritten sind.



Anwar al Sadat, Bruno Kreisky und Shimon Peres zu Nahostfriedensgesprächen in Wien, Juli 1978. (Foto: Nora Schuster / Imagno / picturedesk.com)

1978 kam es zum aufsehenerregenden Treffen zwischen Kreisky, Willy Brandt, Shimon Peres, Anwar el Sadat in Wien, ein Jahr später zum Gipfel Brandt-Kreisky-Arafat. Kreisky war der erste Regierungschef, der den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, empfing. 1980 erkannte Österreich als erster westlicher Staat die PLO an.

Nicht zu unterschätzen ist zudem Kreiskys Engagement beim Aufbau der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), der späteren OSZE. Kreisky förderte eine Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Kreiskys internationales Engagement machte Wien zu einem Ort des internationalen Austauschs und Dialogs. Am 1. Jänner 1980 wird Wien der dritte Standort des UNO-Sekretariats, was nicht zuletzt auf Kreiskys Wirken zurückzuführen ist.

1975 – Die SPÖ erringt zum zweiten Mal die absolute Mehrheit

Ab Mitte der 1970er liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Regierungspolitik im wirtschaftlichen Bereich. Dennoch fallen viele soziale Meilensteine in diese Regierungszeit. So wird 1977 der Mindesturlaub eingeführt und ein Milizheer aufgebaut. Ab 1978 gibt es das Kindschaftsrecht und ein neues Ehegesetz tritt im Rahmen der Familienrechtsreform in Kraft. Ab 1979 sorgen die Arbeiterabfertigung und das neue Gleichberechtigungsgesetz für mehr Rechte für Arbeitnehmer.

Nach Ende der Hochkonjunktur im Jahre 1974 und der im Gefolge des Ölpreisschocks immer stärker werdenden internationalen Wirtschaftskrise versucht die SPÖ, die Folgen für Österreich möglichst gering zu halten. Die Rechnung geht auf. Zwischen 1975 und 1981 bleibt die Vollbeschäftigung erhalten und die Arbeitslosenrate steigt im Vergleich zu den anderen europäischen OECD-Ländern nur minimal. Dies gelingt hauptsächlich durch ein breites Programm staatlicher Infrastrukturinvestitionen sowie den gezielten Einsatz des großen verstaatlichten Sektors.

Für die Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich mitverantwortlich zeichnet der damalige Finanzminister und Vizekanzler Hannes Androsch, der als bislang jüngster Minister 1971 in die Regierung berufen wurde. Später geriet er aber durch die parallele Führung einer Steuerberatungskanzlei in öffentliche Kritik und es kam zum Zerwürfnis mit seinem politischen Mentor Kreisky.

Aus Anlass seines 65. Geburtstags wird Kreisky 1976 mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien geehrt. Im selben Jahr wird die „Bruno Kreisky Stiftung für Verdienste um die Menschenrechte“ gegründet, die alle zwei Jahre Persönlichkeiten, die sich um die Menschenrechte verdient gemacht haben, auszeichnet. Im November wird Kreisky beim 13. Kongress der Sozialistischen Internationale zu einem der Vizepräsidenten gewählt – Präsident wird Willy Brandt.

1978 – Zwentendorf

In den Siebzigern ist „Atomenergie“ das Schlagwort der Zeit und es entsteht ein regelrechter „Bauboom“ von Atomkraftwerken in Europa. Noch zu Zeiten der ÖVP-Regierung wird der Bau des einzigen österreichischen Atomkraftwerks „Zwentendorf“ beschlossen und auch die SPÖ-Führung spricht sich für eine Inbetriebnahme des Reaktors aus. Nach zahlreichen Expertendiskussionen und einer breiten Anti-Atom-Bewegung wird eine Volksabstimmung beschlossen, die schließlich mit einem knappen „Nein“ gegen Zwentendorf ausgeht. Zwentendorf wird nicht in Betrieb genommen, im Dezember 1978 wird das Atomsperrgesetz beschlossen.

1978 – Das neue Parteiprogramm



Bruno Kreisky über das SPÖ-Parteiprogramm 1978

1978 wird ein neues SPÖ-Parteiprogramm beschlossen. Kreisky lässt ein pluralistisch zusammengesetztes Expertenteam einen breit gefächerten Katalog mit Fragen über die Gesellschaftsentwicklung ausarbeiten. Dieser wird dann in der Partei beraten und schließlich beschlossen. Das neue Parteiprogramm verbindet Grundwerte wie Gleichheit, Freiheit, Solidarität mit Zielen wie einer klassenlosen Gesellschaft. Es bleibt skeptisch gegenüber einem bürokratischen Staatsapparat, bekennt sich zur Fortsetzung des „österreichischen Weges“ wie Sicherung der Vollbeschäftigung, Ausbau von Sozialrechten für Arbeitnehmer. Ebenso wird ein weiterer Schwerpunkt auf die Fortführung der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gelegt.

1979 – Die SPÖ erreicht das beste Wahlergebnis in der Parteigeschichte

Bei den Nationalratswahlen 1979 erreicht die SPÖ mit 51,03 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis in der Parteigeschichte. Nun steht die SPÖ und Kreiskys „österreichischer Weg“ am Höhepunkt ihres Einflusses. 1980 wird Kreisky in Paris von einem Gremium aus Politikern,

Künstlern und Wissenschaftlern zum Politiker des Jahres gewählt. Zwei Jahre später wird der Bundeskanzler mit 484 von 489 Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt – ein Amt, das er mittlerweile 15 Jahre bekleidet hatte.

In den 1980ern macht der SPÖ neben internen Spannungen auch die internationale Entwicklung zu schaffen. Der politische Trend wendet sich immer mehr dem Neo-Konservatismus zu. Während in der BRD die sozialliberale Ära mit der Amtszeit von Helmut Schmidt zu Ende geht, beginnt auch in den USA und in Großbritannien die Zeit der neokonservativen Politiker. Obwohl gesundheitlich angeschlagen, entschließt sich Kreisky, dennoch als Spitzenkandidat für die Nationalratswahlen 1983 anzutreten. Er betonte aber, nur als Kanzler einer SPÖ-Alleinregierung zur Verfügung zu stehen. Bei den Wahlen am 24. April 1983 bleibt die SPÖ zwar noch stimmenstärkste Partei, verliert aber deutlich an Prozenten und ist mit 47,6 Prozent gezwungen, eine Koalition einzugehen. Kreisky macht seine Rücktrittsankündigung wahr und übergibt den Parteivorsitz an Fred Sinowatz.

1983 – Eine Ära geht zu Ende

Der neue Bundeskanzler Sinowatz bildet am 24. Mai 1983 eine Koalitionsregierung mit der FPÖ. Die Ära Kreisky geht zu Ende, aber viele seiner Reformen sind in der Gegenwart sozialdemokratischer Politik nach wie vor aktuell. Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky wird Österreich zu einem modernen Industrie-, aber auch Sozialstaat. Durch sein Gespür für die Probleme der Bevölkerung und neue gesellschaftliche Strömungen erkennt er die Wichtigkeit der Umsetzung der Frauenrechte, die Bedeutung von KünstlerInnen und Intellektuellen und die Notwendigkeit von Medien und Umweltschutz. In der Ära Kreisky wird Österreich demokratischer, liberaler und weltoffener.

1983 wird Kreisky zum Ehrenvorsitzenden der SPÖ ernannt, auch für seine internationale Arbeit wird Kreisky mit Preisen ausgezeichnet. Schließlich übernimmt Kreisky 1986 den Vorsitz der international viel beachteten „Europäischen Kommission für Beschäftigungsfragen“, deren Ergebnis unter dem Titel „20 Millionen suchen Arbeit“ 1989 in der OECD präsentiert wird.

Im Jahr 1987 kommt es zu schweren Verstimmungen zwischen Kreisky und der SPÖ. Kreisky tritt von seinem Ehrenvorsitz und allen übrigen Funktionen zurück. Als Grund wird das Koalitionsabkommen mit der ÖVP (Verlust des Außenministeriums) angesehen. 1989 trat Kreisky gemeinsam mit Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich der Feierlichkeiten zu „100 Jahren Sozialdemokratie“ öffentlich in Erscheinung, sodass sich letztlich das Verhältnis zur Parteispitze wieder entspannte.

In den Jahren nach seiner Kanzlerschaft unternahm Kreisky eine Vielzahl an Reisen, sein Feriendomizil auf der Insel Mallorca nutzte er für zahlreiche internationale Begegnungen. Er wurde dort von Politikern wie Yassir Arafat oder Felipe Gonzáles und vielen anderen besucht. Am 21.11.1983 wurde ihm der Nehru-Preis für Internationale Völkerverständigung, die bedeutendste Auszeichnung Indiens, verliehen. Im Rahmen der Sozialistischen Internationale setzte Kreisky nach wie vor viele Aktivitäten. Seine letzte Reise führte ihn, gezeichnet von seiner Krankheit, nach Südtirol. Am 29. Juli 1990 stirbt Bruno Kreisky im Alter von 79 Jahren in Wien.



Wien, am 07.08.1990: Staatsbegräbnis für Altkanzler Bruno Kreisky. Im Bild: Der Trauerzug passiert die angetretene Ehrengarde des Bundesheeres am Ballhausplatz. (Foto: B.Gindl / APA-Archiv / picturedesk.com)

Kurzbiografie

Am 22. Jänner 1911 wurde Bruno Kreisky als Sohn eines jüdischen Geschäftsmannes in Wien geboren. Schon bald war er im Verband der Sozialistischen Mittelschüler und in der Sozialistischen Arbeiterjugend aktiv. Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten wurde er im Austrofaschismus verhaftet und war einer der Angeklagten im Sozialistenprozess von 1936. Als der Nationalsozialismus in Österreich die Macht übernahm, musste er nach Schweden emigrieren. Er kehrte 1951 nach Österreich zurück und war als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten maßgeblich an den Staatsvertragsverhandlungen beteiligt. Zwischen 1959 und 1966 diente er als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten in der Großen Koalition. Im Februar 1967 wurde er zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt. Bei den Nationalratswahlen 1970 erreichte er mit der SPÖ die relative Mehrheit und wurde österreichischer Bundeskanzler. Bei den drei folgenden Wahlen (1971, 1975 und 1979) gewann die SPÖ die absolute Mehrheit. In der als Ära Kreisky bezeichneten Zeit (1970-1983) gelang es ihm, eine grundlegende Modernisierung der österreichischen Gesellschaft durchzuführen. Vor allem durch seine zahlreichen internationalen Aktivitäten und die Friedensbemühungen im Nahost-Prozess trug er wesentlich dazu bei, die internationale Rolle Österreichs zu stärken. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1983 zog sich Bruno Kreisky aus der Politik zurück. Er starb am 29. Juli 1990 in Wien.

Bruno Kreiskys Lebenslauf

- Geboren am 22. Jänner 1911 in Wien
- Ab 1926 in der Sozialistischen Arbeiterjugend tätig.
- 1929 Beginn des Studiums der Rechtswissenschaften (Promotion: 1938)
- 1935-1936 und 1938 politische Freiheitsstrafen
- 1938-1945 im schwedischen Exil
- 1946-1949 Diplomat in Stockholm
- 1951-1953 politischer Berater von Bundespräsident Theodor Körner
- 1953-1959 Staatssekretär im Bundeskanzleramt
- 1959-1966 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
- 1967-1983 Bundesparteivorsitzender der SPÖ
- 1970-1983 Bundeskanzler
- 1976-1989 Vizepräsident der Sozialistischen Internationale
- Gestorben am 29. Juli 1990 in Wien.

Für Österreich: Meilensteine der Ära Kreisky

Bruno Kreisky prägte Österreich wie kaum ein anderer Bundeskanzler. Unter Kreisky wurde Österreich zu einem modernen Industrie- und Sozialstaat – demokratisch, liberal und weltoffen. Die Ära Kreisky ist geprägt von einer Vielzahl sozialdemokratischer Reformen, die noch in unsere Gegenwart hineinwirken.

Unter Bruno Kreisky wurden die Weichen der SPÖ in mehrfacher Hinsicht neu gestellt. Als „Modernisierung der Gesellschaft“ und „Humanisierung der Arbeitswelt“ können zwei wesentliche Eckpunkte bezeichnet werden, die Kreiskys Arbeit als Bundeskanzler und Parteivorsitzender kennzeichneten.

Der Modernisierungsschub, der von Bruno Kreisky initiiert wurde, prägt Österreich bis heute. Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ sicherte Österreich Vollbeschäftigung. Auch wurden unter Kreisky eine Reihe längst überfälliger Justiz- und Bildungsreformen durchgeführt. Kreisky war außerdem ein leidenschaftlicher Außenpolitiker, der Österreich internationales Gewicht verlieh.

Arbeit und Soziales



Wählen Sie das moderne Österreich. Wahlplakat der SPÖ für die Nationalratswahl vom 1. März 1970. Quelle: Plakatdokumentation Kunisch

Kreisky primäres Ziel war es, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern und Armut zu bekämpfen. Für Kreisky stand fest, dass Erwerbstätigkeit und Vollbeschäftigung dafür die Grundlage bilden. Seine Politik führte dazu, dass erstmals eine breite und stabile Mittelschicht in Österreich heranwuchs.

“Ein paar Milliarden mehr Schulden...” – Der Austrokeynesianismus

“Ein paar Milliarden mehr Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächste als hunderttausend Arbeitslose.” Dieser berühmte Ausspruch Bruno Kreiskys war auch der zentrale Grundsatz seiner Wirtschaftspolitik, die geprägt war vom sogenannten Austro-Keynesianismus, der eine antizyklische Strategie und Deficit spending beinhaltete. Die Überschuss-Budgets von 1970 bis

1974 wurden für die Konjunktur- und Modernisierungspolitik eingesetzt. Ab Mitte der siebziger Jahre und der dem ersten Ölpreisschock folgenden Rezession wurden Defizite eingeplant: Durch staatlich vergebene Aufträge, hauptsächlich in die Infrastruktur, sollte verstärkt Nachfrage erzeugt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Die Rechnung ging auf: Die Ära Kreisky wurde zu einem Synonym für Vollbeschäftigung.

Humanisierung der Arbeitswelt

Im Bereich Arbeit und Soziales kam es zu einer Reihe von Neuerungen. Das Arbeitsverfassungsgesetz von 1973 verankerte die Mitbestimmung des Betriebsrats im Aufsichtsrat von Kapitalgesellschaften und setzte einen wichtigen Schritt zu mehr Wirtschaftsdemokratie. Eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen zur Humanisierung der Arbeitswelt, zur sozialen Sicherung und zur aktiven Arbeitsmarktpolitik folgte. Im Jahr 1969 startete die SPÖ unter Kreiskys Führung gemeinsam mit der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Das Ergebnis: Rund 890.000 Unterschriften unterstützten den Vorstoß. Bereits mit Jahresbeginn 1970 erlangte der Generalkollektivvertrag über die Einführung einer 43-Stunden-Woche Gültigkeit. Ab 1. Jänner 1975 wurde die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden reduziert, der Mindesturlaub erhöht und Sozialleistungen für Arbeitnehmer deutlich ausgeweitet. Außerdem erhöhte die Regierung Kreisky die Pensionen und setzte eine Progressionsmilderung für kleine Einkommen durch. Ebenso wurde erstmals eine Bergbauernförderung eingeführt.

Neues System der Sozialhilfe

Ein "Staat der Wohlfahrt für alle" war das Ziel der zweiten Regierungserklärung Kreiskys nach dem Erringen der absoluten Mehrheit 1971. Ergebnis dieser Bemühungen war neben der Einführung der Gesundheitsvorsorge und dem 1974 beschlossenen Entgeltfortzahlungsgesetz der Übergang von veralteten Fürsorgebestimmungen zu einem neuen System der Sozialhilfe. In den Jahren 1973 bis 1975 wurden in allen neun Bundesländern Sozialhilfegesetze beschlossen. Der Versuch, ein bundeseinheitliches Gesetz zu schaffen, scheiterte damals an der verfassungsrechtlichen Kompetenzlage und dem Widerstand der Bundesländer.

Frauenpolitik



Bundeskanzler Bruno Kreisky, Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten Johanna Dohnal und Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg anlässlich der ersten österreichischen Frauenenquete am 14.12.1979 (Copyright: Votava)

Die Kreiskyjahre waren auch eine folgenreiche Zeit für die Frauenpolitik. Vor allem die

Reformen im Strafrecht und im Familienrecht verbesserten die Situation der Frauen in der österreichischen Gesellschaft entscheidend und passten das Recht an die gesellschaftlichen Entwicklungen an.

Neugestaltung des Karenzgeldes

Bereits im Jahre 1957 wurde auf Initiative der ÖGB-Frauen ein sechsmonatiger, damals aber noch unbezahlter Karenzurlaub eingeführt. Das noch aus der NS-Zeit stammende Mutterschutzgesetz wurde damals durch ein neues, österreichisches Gesetz ersetzt. Im Jahr 1960 erfolgte die Verlängerung der Karenzzeit auf ein Jahr und die Einführung des "Karenzurlaubsgelds". Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky wurde 1971 die Karenz als Ersatzzeit für die Pensionsversicherung angerechnet, 1974 wurde das Mutterschutzgesetz ausgeweitet und die Karenz neu gestaltet. Die Anrechnung des Partnereinkommens wurde gestrichen, fortan hatte jede Arbeitnehmerin Anspruch auf Karenzgeld. Die Leistungshöhe war unabhängig vom eigenen und dem Einkommen des Partners. Alleinerzieherinnen bekamen ein erhöhtes Karenzgeld.

Die Institutionalisierung der Frauenpolitik

Zu Änderungen kam es auch im Bereich der politischen Repräsentation. Immer bemüht, gesellschaftliche Strömungen zu erkennen und die politischen Schlüsse daraus zu ziehen, löste Kreisky 1979 mit der Bestellung Johanna Dohnals zur Staatssekretärin für Frauenfragen die Frauenpolitik aus dem Bereich der Familienpolitik heraus. Damit war die Frauenpolitik institutionalisiert. In ihrer Funktion als Frauenstaatssekretärin konnte Dohnal eine ganze Reihe von wichtigen frauenpolitischen Maßnahmen wie etwa die Ausdehnung des Mutterschutzes auf Bäuerinnen und gewerblich selbstständige Frauen erreichen.

Fristenlösung

Auf Druck der SPÖ Frauen wurde die Fristenlösung – die völlige Freigabe der Abtreibung innerhalb eines bestimmten Zeitraums – im neuen Strafgesetzbuch festgeschrieben, trotz anfänglich schwerer Bedenken Bruno Kreiskys. Er sah das mühsam herbeigeführte Gesprächsklima mit der katholischen Kirche gefährdet – die Beziehungen zwischen Kirche und SPÖ waren noch aus der Zwischenkriegszeit schwer belastet. Schließlich aber setzten sich die SPÖ Frauen durch und Kreisky hielt den Bedenken der Bischofskonferenz entgegen, dass die Fristenlösung "gerechter, menschlicher und wirkungsvoller" ist. Der Kampf um die Fristenlösung wurde zu einem Integrations- und Mobilisierungsfaktor der Frauenbewegung, die in den 70er Jahren aufblühte.

Gleichbehandlungsgesetz

Neben der Familienrechtsreform und der Fristenlösung wurden auch durch das Gleichbehandlungsgesetz von 1975 wesentliche Verbesserungen für Frauen in Österreich erreicht. Frauen und Männer werden erstmals rechtlich gleichgestellt. Das Gesetz hob unter anderem die Unterscheidung zwischen Frauen- und Männerlöhnen in den Kollektivverträgen auf.

Mutter-Kind-Pass

In Sachen Frauengesundheit wurden unter Kreisky wesentliche Fortschritte gemacht. Die Einführung des Mutter-Kind-Passes, der die Säuglingssterblichkeit erheblich reduzierte, die Verlängerung der Schutzfrist für Mütter nach der Geburt, die Anrechnung der Karenzzeit für die

Pension sowie die österreichweite Einrichtung von Frauenhäusern trugen dazu bei, die Situation für Frauen in Österreich maßgeblich zu verbessern.

Bildung



Plakat der SPÖ zum Budget 1971 - "So bauen wir das moderne Österreich!"

Die Bildungspolitik wurde zu einer wahren Reformlokomotive der Kreisky-Ära, die bis heute positiv nachwirkt. Meilensteine wie die Abschaffung der Studiengebühren, die Schülerfreifahrt, die Gratis-Schulbücher, die Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfung, das große Schulbauprogramm oder die Einführung eines modernen demokratischen Universitätsgesetzes haben ganzen Generationen den Weg zu mehr und besserer Bildung geöffnet. Alle Maßnahmen dienten einem Ziel: Chancengerechte Bildung für möglichst alle Menschen – unabhängig von Einkommen und Herkunft.

Schulreform

Ein wichtiger Bereich der Reformpolitik Kreiskys waren die Schulen. Bereits 1971 kam es zur Abschaffung der AHS Aufnahmeprüfungen, außerdem wurden die freie Schulfahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln und 1972 die Gratis-Schulbücher eingeführt.

Freie Bildung für alle – Universitätsreform

Mit der Universitätsreform von 1972 ermöglichte die SPÖ allen Studentinnen und Studenten den gebührenfreien Zugang zu allen Universitäten und Kunsthochschulen. Darüber hinaus schaffte das Universitätsorganisationsgesetz von 1975 eine Demokratisierung und Öffnung der höheren Bildungsinstitute. Die traditionelle Ordinarienuniversität wurde gegen den massiven Widerstand der Rektoren und Professoren abgeschafft und eine drittelparitätische Mitbestimmung (Professoren, Mittelbau und Studierende) in den universitären Gremien etabliert.

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

1971 wird Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg von Bruno Kreisky mit der Gründung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung beauftragt. Sie leitete das Ministerium von 1971 bis zum Ende der Ära Kreisky im Jahr 1983. Firnberg, die gleichzeitig Frauenvorsitzende der SPÖ war, setzt sich unter anderem besonders für die Förderung von Mädchen ein. Die weitsichtige Bildungspolitik unter Kreisky – mit Schülerfreifahrt, kostenlosen Schulbüchern und freiem Hochschulzugang – führte zu einem österreichweiten Bildungsschub vor allem bei sozial Schwächeren.

Justiz

1970 ernennt Bruno Kreisky Christian Broda zum Justizminister. Broda war bereits im Jahre 1960 Justizminister im dritten Kabinett von Julius Raab und schon in jener Zeit setzte er sich für einen humaneren Strafvollzug ein. So bringt er 1968 die Aufhebung der Todesstrafe durch den Nationalrat. Unter Kreisky ist Broda unter anderem für die Reform des Familienrechts – dem zivilrechtlichen Großprojekt der 1970er Jahre – verantwortlich.

Justizreformen

Justizminister Christian Broda reformiert das Familienrecht und stellt uneheliche Kinder ehelichen rechtlich gleich. Auch Mann und Frau werden 1975 im bürgerlichen Recht gleichgestellt. Im selben Jahr wird die Strafbarkeit der Homosexualität aufgehoben und die Fristenregelung zur Abtreibung verabschiedet. Broda reformiert außerdem das Konsumentenschutzgesetz und die Sachwalterschaft für behinderte Personen. 1987 wird Broda mit dem Menschenrechtspreis des Europarats ausgezeichnet.

Familienrecht



Frauen demonstrieren für das Recht auf straffreie Abtreibung und für Gleichberechtigung, 7. Mai 1971 © Votava, Wien

Vor der Familienrechtsreform galt in Österreich ein Familienrecht, das auf das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch des Jahres 1811 zurückgeht. Der Mann war das "Haupt der Familie" und Frau und Kinder waren seinem Führungsanspruch unterstellt. Der Mann allein bestimmte den Wohnsitz der Familienmitglieder, Frau und Kinder mussten ihm folgen. Was Frauen in kritischen Situationen, wie etwa im Zuge einer Scheidung oder bei familiärer Gewalt, in oft ausweglose Situationen führte. Uneheliche Kinder waren gegenüber ehelichen beim Unterhalt und Erbrecht stark benachteiligt. Die Familienrechtsreform unter Justizminister Christian Broda, die in Teilschritten erfolgte und im Wesentlichen 1978 abgeschlossen war, modernisierte diese gesellschaftlichen Bereiche und brachte rechtliche Gleichstellung.

Strafrechtsreform

Auch im Strafrecht gab es einen großen Wurf: Broda entwickelte ein neues Strafgesetzbuch, das 1975 in Kraft trat und bis heute Gültigkeit hat. Die SPÖ wollte dieses Reformwerk, das schließlich nur mit den Stimmen der SPÖ-Mandatäre verabschiedet wurde, im Konsens mit den anderen Parteien beschließen. Dieses Vorhaben scheiterte an der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Fristenlösung.

Parteiengesetz

Mit dem Parteiengesetz von 1975 wurde nicht nur die Stellung der Parteien rechtlich verankert, sondern auch die öffentliche Parteienfinanzierung erweitert. Bereits 1972 wurde das „Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ verabschiedet. In diesem Rahmen konnten die politischen Parteien auch eigene Akademien für ihre Bildungsarbeit ins Leben rufen. Die SPÖ gründete daraufhin das Dr.-Karl-Renner-Institut.

Volksgruppengesetz

Im Juli 1972 beschloss die sozialistische Mehrheit im Parlament gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ ein Gesetz, das die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten in all jenen Orten verfügte, in denen sich bei der Volkszählung 1961 mindestens 20 Prozent der Einwohner zur Umgangssprache Slowenisch bekannt hatten („Ortstafelgesetz“). Nach der Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln kam es im Oktober 1972 zum so genannten „Ortstafelsturm“ in Kärnten, bei dem gewalttätige Gruppen die zweisprachigen Tafeln abmontierten. Am 28. Oktober 1972 wurde im Saal der Klagenfurter Arbeiterkammer zu diesem Thema eine „Integrationskonferenz“ abgehalten. Die SPÖ befürwortete schließlich eine „Volkszählung der besonderen Art“, die von allen im Parlament vertretenen Parteien befürwortet, von den Vertretern der Kärntner Slowenen jedoch abgelehnt wurde. Die Auseinandersetzung um eine korrekte Umsetzung des Art. 7 des österreichischen Staatsvertrages und des später verabschiedeten österreichischen Volksgruppengesetzes von 1976 ist bis heute zu keinem befriedigenden Ergebnis gekommen, zu dem sich auch die Vertreter der Volksgruppe bekennen könnten.

Außenpolitik

Der Tatsache, dass Kreisky ein begnadeter und engagierter Außenpolitiker war, ist es zu verdanken, dass Österreich in der Weltpolitik eine anerkannte Rolle spielte. In vielen Staaten, wie etwa im arabischen Raum, ist das Ansehen Österreichs auf das Engagement Kreiskys zurückzuführen.

Engagement um Frieden im Nahen Osten

Kreiskys Bemühungen um eine echte Friedensordnung für den Nahen Osten entspringen der Erkenntnis, dass der Konflikt rund um Israel und Palästina auch Stabilität und Frieden in Europa und in der ganzen Welt gefährdet. Die Folgen des Yom Kippur-Krieges 1973 bestätigten seine Einschätzung: Die Welt hatte mit dem Ölschock zu kämpfen und mit einer gefährlichen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR. Kreiskys Anliegen im Nahost-Konflikt war es daher, zwischen Führern der arabischen Welt und israelischen Staatsmännern zu vermitteln. Dies gelang ihm nicht zuletzt aufgrund einer offensiven Neutralitätspolitik, die ihm in Ost und West Glaubwürdigkeit verlieh.



Staatsbesuch in Qatar, 1981 (Foto: Stiftung Bruno Kreisky Archiv)

Nord-Süd-Konflikt

Neben der Nahostfrage war Kreisky einer der ersten österreichischen Politiker, der sich, zusammen mit Willy Brandt und Olof Palme, für die Entspannung des Nord-Süd Konflikts einsetzte. Kreisky suchte persönlichen Kontakt zu den Führern der Dritten Welt so wie dem Gründer des neuen Indiens Pandit Nehru, zu dem er wie auch später zu dessen Tochter Indira Ghandi eine enge freundschaftliche Beziehung aufbaute. Kreisky gründete das Wiener Institut für Entwicklungsfragen, eine offene Bühne zum Dialog mit der Dritten Welt. Dafür gewinnt er politische Größen wie etwa Ben Salah aus Tunesien oder Tom Mboya aus Kenia.

Internationale Vernetzung



Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky am 24.5.1975 (Foto: Stiftung Bruno Kreisky Archiv)

Seine Vernetzung in der internationalen Sozialdemokratie und seine freundschaftlichen Beziehungen zu Olaf Palme und Willy Brandt sowie eine aktive Nachbarschafts- und Friedenspolitik, sein Engagement für die Autonomie Südtirols und sein Streben nach einer europäischen Integration sind weitere Kennzeichen Kreiskys Außenpolitik. Kreiskys internationales Engagement machte Wien zu einem Ort des internationalen Austauschs und Dialogs. Am 1. Jänner 1980 wird in Wien der dritte Standort des UNO-Sekretariats eröffnet, was nicht zuletzt auf Kreiskys Wirken zurückzuführen ist.

Parteiarbeit

Das Neue Parteiprogramm 1978



Bruno Kreisky hält eine Rede auf dem Parteitag der SPÖ in den Wiener Sophiensälen, 1968 (Foto: Barbara Pflaum / Imagno / picturedesk.com)

Nach mehrjährigen Vorarbeiten verabschiedete die SPÖ 1978 ein neues Parteiprogramm „für den Rest des Jahrhunderts“, das jenes von 1958 ablöste. Dadurch sollte die sozialistische Programmatik an das Reformwerk der Kreisky-Jahre angepasst werden. Auf Initiative Kreiskys wurde darin ein gutes Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche festgehalten. Gleichzeitig sollten die längerfristigen Ziele der Sozialdemokratie nicht aus den Augen verloren werden. Programmatische Leitlinie des Programms war die „soziale Demokratie“, doch auch das Ziel einer „klassenlosen Gesellschaft“ blieb nicht unerwähnt.

Mitgliederrekord

Die Kreisky-Jahre waren auch für die interne Entwicklung der Partei eine erfolgreiche Zeit. Am Höhepunkt ihres Erfolges im Jahr 1979 hatte die SPÖ 721.262 Mitglieder und damit den höchsten Stand in ihrer Geschichte. Auch im internationalen Vergleich war eine solche Organisationsstärke einer politischen Partei für ein demokratisches Land geradezu beispiellos.

Bundeskanzler Werner Faymann über Bruno Kreisky

Soziale Gerechtigkeit war sein Leitbild

Das politische Wirken Bruno Kreiskys hat bis heute Bestand - für die Sozialdemokratie und für Österreich.

Bruno Kreisky ist eine der herausragendsten politischen Persönlichkeiten der Zweiten Republik. Die Werte und Haltungen, die er damals so vehement vertreten hat, zum Beispiel die, wie wichtig Verteilungsgerechtigkeit für den Wohlstand und für eine Gesellschaft ist, all das ist heute aktueller denn je – gerade für meine Arbeit als Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender.

Er hat Österreich modern, europareif, weltoffen gemacht, ein fruchtbares Klima für Wissenschaft, Kunst und Kultur geschaffen. Bruno Kreisky hat die soziale Gerechtigkeit genauso wie die soziale Sicherheit in allen politischen Bereichen zum Leitbild seiner Politik gemacht. Er hat den Menschen in den Mittelpunkt seines Handelns gestellt, das zeigt zum Beispiel sein berühmt gewordener Ausspruch, wonach ihm einige Milliarden Schilling Staatsschulden weniger schlaflose Nächte bereiten würden als hunderttausende Arbeitslose.

Bruno Kreisky setzte sich als einer der ersten österreichischen Politiker international mit Gewicht und oft gehörter Stimme für eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik ein. Durch die aktive Neutralitätspolitik und sein politisches Wirken hat er Österreich einen selbstbewussten Platz in der Welt gegeben. Kreisky hat entscheidend mitgewirkt, dass der Staatsvertrag und die Neutralität zu den großen Fundamenten unserer staatlichen Identität geworden sind.

Sein Beitrag zur Beilegung des Nahost- Konflikts wurde damals in Ost und West viel beachtet und brachte Österreich hohes Ansehen ein. Eine hohe Reputation, die zahlreiche Staats- und Regierungschefs noch heute in vielen Treffen und Gesprächen immer wieder hervorheben. Wien ist dank Kreisky zunehmend Ort der internationalen Begegnungen geworden und mit dem Bau der UNO-City hat er Wien als dritten Sitz der Vereinten Nationen etabliert. Ich war lange Mitglied der Stadtregierung und weiß, von dieser von ihm mitinitiierten Internationalität lebt Wien noch heute.

Ich will auch gar nicht verhehlen, dass Bruno Kreisky aus meiner Sicht auch Fehler gemacht hat. Ohne mich allzu sehr darüber verbreiten zu wollen, ich denke aber doch, dass zum Beispiel sein Konflikt mit Hannes Androsch, seinem Vizekanzler und Finanzminister bis 1981, besser vermieden werden hätte sollen. Aber zu den möglichen Gründen und Ursachen hat der Betroffene ohnehin selbst schon oft Stellung bezogen.

Ich werde oft gefragt, ob ich als Bundespolitiker in seine Fußstapfen treten will oder ähnliches. Dazu kann ich nur sagen: Von Bruno Kreisky kann man sicher viel lernen. Ich habe ihn auch persönlich treffen dürfen und war von seinen Ansichten und Haltungen, aber auch von der Art, diese uns Jungen zu vermitteln, sehr beeindruckt. Aber jeder muss auf seinen eigenen Füßen im Jetzt und Heute stehen. Man kann auch andere Zeitgenossen Kreiskys nicht mit ihm vergleichen: Es hat nur einen Willy Brandt, nur einen Helmut Schmidt, nur einen Olaf Palme

und eben auch nur einen Bruno Kreisky gegeben. Alle haben sie unter ganz spezifischen Bedingungen vor einem ganz bestimmten politischen Hintergrund gewirkt. Aber dabei will ich ganz klar festhalten: Das innen- wie außenpolitische Vermächtnis Bruno Kreiskys ist zeitlos. Seine Werthaltungen und Prinzipien sind heute Aufgabe, Verpflichtung und Herausforderung für unsere, aber auch für die künftigen politischen Generationen.

Literaturhinweise

Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Siedler, Berlin 1986, ISBN 3-88680-148-9

Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Siedler/Kremayr & Scheriau, Berlin/Wien 1988, ISBN 3-218-00472-1

Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil. Herausgegeben von Oliver Rathkolb, Johannes Kunz und Margit Schmidt. Kremayr & Scheriau, Wien 1996, ISBN 3-218-00622-8

Der wahre Kreisky. Scheidl, Hans Werner, Amalthea, Wien 2010

Bruno Kreisky. Die Biographie. Wolfgang Petritsch, Residenz-Verl. St. Pölten 2010

Kreiskys Außenpolitik. Röhrlich, Elisabeth, Göttingen, V & R Unipress, Vienna Univ. Press, 2009

Der wahre Kreisky. W. Scheidl/Ironimus, Amalthea, Wien 2010